

Moser, Carsten R.

Article — Digitized Version

Reformpolitik verlangt Steueropfer

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Moser, Carsten R. (1971) : Reformpolitik verlangt Steueropfer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 12, pp. 622-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134336>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Carsten R. Moser

Die Reaktion der Opposition auf das langfristige steuerpolitische Konzept der SPD, das während des Programm-Parteitages in Bonn verabschiedet wurde, hat erneut verdeutlicht, wie unsachlich wirtschaftspolitische Diskussionen zwischen den Parteien geführt werden. Statt auf die Konsequenzen dieser geplanten Steuererhöhungen hinzuweisen und das finanzpolitische Alternativprogramm der CDU/CSU darzulegen, begnügte sich Franz-Josef Strauß mit dem Hinweis, in der SPD hätte der Neo-Marxismus bereits gesiegt.

Nicht alle Kritiker der SPD-Parteitagsbeschlüsse flüchteten jedoch in die Polemik. Die deutsche Industrie begründete ihre ablehnende Haltung mit den negativen Auswirkungen von Steuererhöhungen. Sie wies darauf hin, daß eine Erhöhung der Spitzensätze bei der Einkommensteuer auf 60 % und der Körperschaftsteuer auf 56 % die Wirtschaft überfordern und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumschancen der Bundesrepublik gefährden würde.

Natürlich würde die Verwirklichung derartiger Steuererhöhungen von heute auf morgen die deutsche Exportwirtschaft empfindlich treffen. Das weiß die SPD, wie Bundeskanzler Brandt bestätigte. Er versteht deshalb auch die Beschlüsse als Ausdruck einer Politik, die nur schrittweise und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu verwirklichen ist. Damit ergibt sich längerfristig ein anderes Bild. Denn wie die BRD werden sich auch die anderen Industrienationen zukünftig nicht leisten können, auf notwendige Reformen zu verzichten. Ohne Steuererhöhungen werden aber auch diese Länder keine Reformpolitik durchführen können, so daß sich die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Exportwirtschaft kaum einseitig verschlechtern dürfte.

Die Befürchtungen der deutschen Industrie, höhere direkte Steuern werden die inländische

Investitionstätigkeit der Unternehmer hemmen und somit das Wirtschaftswachstum gefährden, gehen von der Voraussetzung aus, daß die unternehmerischen Investitionsentscheidungen vor allem von der Steuerlast abhängig sind. Viel entscheidender dürften jedoch die künftigen Absatzchancen, Marktsicherungsüberlegungen, das Kreditangebot und die Kreditbedingungen und insbesondere das staatliche Angebot an Komplementärinvestitionen sein. Durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Durchführung von öffentlichen Investitionen können Engpässe beseitigt und die langfristigen Wachstumschancen sogar vermehrt werden.

Die heutigen Mittel reichen nicht gleichzeitig für öffentliche Investitionen und steigenden privaten Konsum aus. Da die notwendigen Finanzmittel nicht allein durch eine Mehrbelastung der Großverdiener aufgebracht werden können, muß auch die steuerzahlende Mittelklasse stärker als bisher herangezogen werden. Eine konstruktive Reformpolitik verlangt zwangsläufig eine stärkere Beschränkung des privaten Konsums. Zwar ist diese Erkenntnis in der Bundesrepublik nicht gerade populär: Nur 29 % der Wähler sind heute dafür, daß die geplanten inneren Reformen auch bei Steuererhöhungen verwirklicht werden. Aufgabe der Politiker muß es aber sein, diese Notwendigkeit stärker im Bewußsein der Öffentlichkeit zu verankern.

Ohne Zweifel geben einzelne steuerpolitische Beschlüsse der Sozialdemokraten Anlaß zur Kritik. Trotz dieser Unzulänglichkeiten kommt jedoch der SPD das Verdienst zu, mit der Darstellung ihrer steuerpolitischen Zielvorstellungen bis 1985 einen Beitrag zur öffentlichen Aufklärung geleistet zu haben. Es wäre wünschenswert, wenn auch die anderen Parteien öffentlich bekennen würden, daß die notwendigen und unaufschiebbaren Reformvorhaben Steueropfer von allen verlangen!

Reformpolitik verlangt Steueropfer